

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 143.

Dienstag den 25. Juni 1872.

(219—2)

Nr. 515.

Kundmachung

der

k. k. Steuer-Localcommission Laibach,

betreffend

die Ueberreichung der Hausbeschreibungen und Hauszins-Bekanntnisse des Jahres 1872.

Zum Zwecke der Umlegung der Hauszinssteuer für das nächstfolgende Verwaltungsjahr 1873 sind die vorgeschriebenen Hausbeschreibungen und Zinsertrags-Bekanntnisse für die Zeit von Michaeli 1871 bis Michaeli 1872 auf die bis nun üblich gewesene Art bei der gefertigten k. k. Steuer-Localcommission innerhalb der unten festgesetzten Termine während den vor- und nachmittägigen Amtsstunden einzureichen.

Die Herren Hauseigenthümer, Nutznießer, Administratoren und Sequester von Gebäuden, so wie deren Bevollmächtigte hier in der Stadt und den Vorstädten Laibachs werden somit zur rechtzeitigen und genauen Vollziehung der in dieser Angelegenheit bestehenden Gesetze und Vorschriften angewiesen, und aufgefordert, sich bei Abfassung der Hausbeschreibungen, dann der Hauszins-Bekanntnisse genau nach der in voller Wirksamkeit bestehenden Belehrung vom 26. Juni 1820 zu benehmen, wobei zugleich bemerkt wird, daß auch alle Hütten, Buden, Kramläden, deren Benützung oder Vermietung dem Eigenthümer nicht bloß zeitweise zusteht, und bezüglich welcher diesem auch das Eigenthum der Grundfläche, auf der sie errichtet sind, zukommt, so wie alle zu einem Hause gehörigen vermieteten Hofräume, Portale u., Objecte der Hauszinssteuer bilden.

Die einzubringenden Hauszins- und Zinsertrags-Bekanntnisse, gleichwie die denselben beizuschließenden Hausbeschreibungen sind vor ihrer Ueberreichung noch einer sorgfältigen Prüfung vorzüglich in folgenden Richtungen zu unterziehen:

1. Ob in denselben alle Hausbestandtheile richtig aufgenommen wurden; die Hausbestandtheile sind nämlich mit ihrer Lage nach von zuunterst angefangen fortlaufenden Zahlen, wie dies die Belehrung vom 26. Juni 1820 anordnet, in den Bekanntnissen — genau übereinstimmend mit den Beschreibungen — aufzuführen.

Die bei einem oder dem anderen Hause gegen das verflossene Jahr eingetretenen Aenderungen müssen jedesmal in der Hausbeschreibung, und zwar in der Rubrik „Anmerkung“ nachgewiesen werden, und es dürfen bei jenen Häusern, welche sich ganz oder zum Theile im Genusse von Baufreijahren befinden, die steuerfreien Bestandtheile durchaus keine andere Zahlenbezeichnung erhalten, als jene, welche sie durch die Baufreijahres-Bewilligung erhielten.

Das Decret, mittelst welchem eine noch gültige zeitliche Zinssteuerbefreiung bewilliget wurde, ist jedesmal in der Colonne „Anmerkung“ aufzuführen.

2. Ob genau diejenigen Zinsbeträge, welche mit Berücksichtigung der etwa eingetretenen Zinssteigerungen oder Zinsermäßigungen, für jedes der vier Quartale — von Michaeli 1871 bis hin 1872 — bedungen wurden, und welche den Maßstab zur Bemessung der Hauszinssteuer für das Steuer-Verwaltungsjahr 1873 zu bilden haben, sowohl nach ihren vierteljährigen Theilbeträgen als in ihren ganzjährigen Summen aufgenommen wurden. Hierbei wird mit Beziehung auf die §§ 15 und 16 der erwähnten Belehrung erinnert, daß nebst den verabredeten baren Miethzinsbeträgen auch alle aus Anlaß der Miethen sonst noch bedungenen Leistungen im Gelde, an Arbeit und Naturalien, an Steuern und Reparaturbeiträgen u. dgl. in Anschlag zu bringen und einzubekennen sind; daß die von den Hauseigenthümern selbst benützten oder

an Anverwandte, Hausverwalter, Hausmeister, sonstige Angehörige oder Dienstleute überlassenen Wohnungen — um sonst einzutretenden amtlichen Zinswerthserhebungen, wie solche in den Vorjahren gegen mehrere Hausbesitzer bereits durchgeführt wurden, zu begegnen — mit den Miethzinsen der übrigen Wohnungen desselben oder der nachbarlichen Häuser in billiges Ebenmaß zu setzen, also mit jenen Zinsbeträgen einzubekennen sind, welche für dieselben von fremden Parteien, abgesehen von allen Nebenrückichten, erzielt werden könnten, beziehungsweise früher wirklich erzielt wurden; endlich, daß von Seite der Hausbesitzer oder deren Bevollmächtigten nach der Bestimmung des § 30 der Belehrung der gestattete 15procentige Abschlag weder von den Zinsungen der in eigener Benützung stehenden, noch von jenen der vermieteten Wohnungen stillschweigend veranlaßt werden darf, weil dies Sache der Zinserhebungsbehörde zu bleiben hat.

3. Ob die eingestellten Zinsbeträge, wie solche die §§ 21, 22, 23 der Belehrung vorgezeichnet, je nach Bestand und Dauer der Miethen bezüglich ihrer Richtigkeit von sämtlichen Wohnparteien eigenhändig bestätigt, oder bei des Schreibens unkundigen Miethparteien durch einen Namensschreiber als Zeugen unterfertigt seien, wobei die Miethparteien zugleich aufmerksam gemacht werden, daß **im Falle der Bestätigung einer unrichtigen Zinsangabe auch sie einer verhältnismäßigen Bestrafung unterliegen.**

Zu diesem Punkte werden die Herren Hauseigenthümer mit Hinweisung auf das kaiserl. Patent vom 19. September 1857, womit die österreichische Währung als der alleinige gesetzliche Münz- und Rechnungsfuß angeordnet wurde, aufmerksam gemacht, daß in den Zinsertrags-Bekanntnissen die Miethzins in österr. Währung einzustellen kommen.

4. Ob auch richtig alle unbewohnten und unbenützt stehenden Hausbestandtheile nach Vorschrift der §§ 25 und 26 der Belehrung mit den angemessenen Zinswerthsbeträgen angesetzt seien, weil für den Fall des Unbenützteins derselben **über eingebrachte besondere Anzeigen** der Anspruch auf verhältnismäßige Abschreibung der vorgeschriebenen, beziehungsweise Rückerstattung der bereits eingezahlten Zinssteuergebühren erwächst.

Hierbei wird bemerkt, daß Wohnungsleerstellungs-Anzeigen stets innerhalb 14 Tagen, vom Tage der Wohnungsräumung an gerechnet, und ebenso im Falle der Wiedervermietung leer gestandener Abicationen die diesfälligen Anzeigen anher zu überreichen sind und daß bei fortwährendem Leerstehen die Anzeigen hierüber zur Georgi- und Michaeli-Uebersiedlungszeit wiederholt werden müssen.

Das unterbliebene Einbekennen eines aus der Vermietung von Hausbestandtheilen bezogenen Zinses ist auch dann eine als Zinsverheimlichung strafbare Unrichtigkeit, wenn diese vermieteten Hausbestandtheile für sich allein oder mit anderen vereint, als in der eigenen Benützung des Hauseigenthümers angegeben und als solche ohne Anschlag eines Zinswerthes gelassen werden.

Auch müssen zufolge des hohen Gubernial-Intimates vom 24. Juli 1840, Z. 18.051, in die Hauszins-Bekanntnisse die Feuerlösch-Requisiten-Depositorien und die Fleischbänke einbezogen werden, weil für die genannten Abicationen, wenn sie gleich keinen realen Zinsertrag abwerfen, doch im Wege der Parification ein angemessenes Zinsertragniß ermittelt werden kann.

Am Schlusse jedes Zinsertrags-Bekanntnisses ist die Klausel, wie solche der § 2 der Belehrung vom 26. Juni 1820 vorgezeichnet, beizusetzen, und das Bekanntnis eigenhändig von dem Hauseigenthümer oder dessen bevollmächtigten Stellvertreter, bei Curanden durch den Curator zu unterfertigen.

Sind mehrere Personen Eigenthümer eines Hauses, so ist das Bekanntnis von allen eigenhändig zu unterfertigen, und darf demselben kein Collectivname beigelegt werden.

Jene Individuen, welche zur Verfassung, Unterfertigung und Ueberreichung der Zinsertrags-Bekanntnisse von Seite der dazu Verpflichteten beauftragt oder ermächtigt werden, haben eine auf diesen Act lautende Special-Vollmacht dem Bekanntnisse beizulegen, doch wird ausdrücklich bemerkt, daß im Falle einer in demselben entdeckten Unrichtigkeit oder eines Gebrechens nur die Vollmactsgeber, d. i. die Hausbesitzer selbst, oder die nach den §§ 27 und 28 der Belehrung vom 26. Juni 1820 zur Fassionseinbringung Verpflichteten dem Steuerfonde verantwortlich und haftend bleiben.

Die Namensfertiger der des Schreibens unkundigen Parteien, denen die in der Fassion ausgesetzten Zinsbeträge genau angegeben werden müssen, bleiben für das beizusetzende Kreuzzeichen verantwortlich, und es wird hier bloß noch beigelegt, daß zur Namensfertigung Niemand aus der Familie oder aus der Dienerschaft des Hauseigenthümers verwendet werden darf.

Bei Schreibensunkundigen Hauseigenthümern muß das beigelegte eigenhändige Kreuzzeichen außer dem Namensfertiger auch noch ein zweiter Schreibenskundiger Zeuge bestätigen.

Für jedes, mit einer besonderen Conscriptiionszahl oder zugleich mit mehreren derlei Zahlen bezeichnete Haus, so wie für jedes andere für sich bestehende Hauszinssteuer-Object ist ein abgesondertes Zinsbekanntnis zu überreichen, und es sind nicht die Zinsertrags-Bekanntnisse von mehreren, einem Eigenthümer gehörigen Häusern mit einander zu verbinden.

Zur Ueberreichung der eben besprochenen Hausbeschreibungen und Hauszins- und Zinsertrags-Fassionen sind nachstehende Termine festgesetzt worden, und zwar:

a) Der inneren Stadt

der 3. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. 100,
" 4. " " " " " " 101 " " 200,
" 5. " " " " " " " 201 " " lit. G.

b) Der St. Peter-Vorstadt

der 6. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. D.

c) Der Kapuziner-Vorstadt

der 8. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. D.

d) Der Gradtscha-Vorstadt

der 9. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. C.

e) Der Polana-Vorstadt

der 10. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. D.

f) Der Karlstädter-Vorstadt

der 11. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. C.

g) der Vorstadt Hühnerdorf

der 12. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. C.

h) Der Vorstadt Krakau

der 13. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. C.

i) Der Vorstadt Tirnan

der 15. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. E.

k) Für den Karolinengrund

der 16. Juli 1872 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. 74.

Einfache Erklärungen, daß sich der Stand der Miethzins seit dem vorigen Jahre nicht geändert habe, werden nicht angenommen.

Wer die angegebenen Fristen zur Ueberreichung der Hausbeschreibungen und der Zinsertrags-Bekanntnisse nicht zuhält, verfällt in die mit § 20 der Belehrung für die Hauseigenthümer vorgeschriebene Behandlung.

Laibach, am 15. Juni 1872.

k. k. Steuer-Local-Commission.

(224—1)

Nr. 6717.

Rundmachung.

Zur Besetzung der Postmeisterstelle bei dem neu zu errichtenden k. k. Postamte in Babensfeld (Bezirkshauptmannschaft Loitsch) mit der Jahresbestallung von 120 fl., dem Amtspauschale von 30 fl. und gegen Dienstvertrag und Leistung einer Caution von 200 fl. bar oder in 5%igen einheitlichen Staatsschuldverschreibungen, wird hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Die Bewerber haben in ihren bis

31. Juli l. J.

an die k. k. Postdirection in Triest einzusendenden Gesuchen auch das Alter, das Wohlverhalten, die genossene Schulbildung, die bisherige Beschäftigung, sowie die Vermögensverhältnisse nachzuweisen.

Der Postmeister muß vor dem Dienstantritte die Postmanipulationsprüfung mit gutem Erfolge bestehen, weshalb die Bewerber in den Competenzgesuchen auch anzugeben haben, bei welchem k. k. Postamte sie die nöthige Praxis zu machen wünschen.

Endlich haben die Bewerber anzugeben, welches mindeste Jahrespauschale sie für die Unterhaltung eines täglich einmaligen Botenganges von Babensfeld nach Altenmarkt bei Rafel und zurück beanspruchen.

Triest, am 18. Juni 1872.

Von der k. k. Postdirection.

(217—2)

Nr. 4720.

Bekanntmachung.

Der Posten einer Bezirkshebamme für die Pfarre Kaltenfeld ist in Erledigung gekommen. Jährliche Entlohnung 31 fl. 50 kr. aus der Bezirkskasse.

Die gehörig belegten Gesuche sind bis

31. Juli

an die gefertigte k. k. Bezirkshauptmannschaft zu richten.

Adelsberg, am 17. Juni 1872.

k. k. Bezirkshauptmannschaft.

(223—2)

Nr. 2942.

Edict.

Beim k. k. Kreisgerichte Rudolfswerth befinden sich aus der Untersuchung gegen Johann Verhovšek von Trauerberg bei Massenfuß Truchtsäckle und eine Schweinschaut, welche letztere derselbe am Markte vor hl. Bartelmä v. J. in Massenfuß gefunden haben will, als unbekannten Eigenthümern gehörig, in Verwahrung.

Diejenigen, welche auf diese Effecten Anspruch erheben wollen, haben sich

binnen einem Jahre

vom Tage der dritten Einschaltung dieser Rundmachung in dem Amtsblatte der „Laibacher Zeitung“ hieramts zu melden und ihr Recht darauf nachzuweisen, widrigens dieselben veräußert und der Kaufpreis hieramts aufbewahrt werden wird.

Rudolfswerth, am 11. Juni 1872.

Intelligenzblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 143.

(1442—1)

Nr. 10377.

Zweite exec. Feilbietung.

Vom k. k. städt.-deleg. Bezirksgerichte in Laibach wird im Nachhange zu dem Edicte vom 18. April d. J., Z. 6732, in der Executionsfache des Lucas Pesdir gegen Josef Kremzar peto. 17 fl. 70 kr. c. s. c. wird bekannt gemacht, daß zur ersten Feilbietungstagung, betreffend der exec. Feilbietung der Forderung des Letzteren bei Anton Maier von Brezovitz per 100 fl. 1²/₃ kr. am 12. d. M. Niemand erschienen ist und daß es daher bei den Tagungen am

26. Juni und

10. Juli d. J.

zu verbleiben hat.

Laibach, am 14. Juni 1872.

(1382—1)

Nr. 2516.

Erinnerung

an Johann Premru von Wippach und dessen Rechtsnachfolger.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Wippach wird dem Johann Premru von Wippach, unbekannten Aufenthaltes, und dessen ebenfalls unbekannten Rechtsnachfolgern hiemit erinnert:

Es habe Magdalena Maria Cuk von Budanje durch den Nachhaber Markus Kraska von dort wider dieselben die Klage auf Anerkennung des Eigenthumsrechtes des ad Herrschaft Wippach Tom. XIV., pag. 209 eingetragenen Aders mit Neben pri logi Parz.-Nr. 1022 mit 446²/₁₀₀ □ Rlstr. und des Aders pod cesto Parz.-Nr. 746 mit 575⁴/₁₀₀ □ Rlstr. — sub praes. 29. Mai 1872, Z. 2516, hier amts eingebracht, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagung auf den

3. September d. J.,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des § 29 a. G. D. angeordnet und den Beklagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Johann Petric von Wippach als curator ad actum auf seine Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden derselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen oder sich einen anderen Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen haben, widrigens diese Rechtsfache mit dem aufgestellten Curator verhandelt werden würde.

k. k. Bezirksgericht Wippach, am 30ten Mai 1872.

(1402—1)

Nr. 1280.

Executive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Oberlaibach wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über Ansuchen des Lorenz Hvasia von Soule Hs.-Z. 44 Bez.-Umgebung Laibach, gegen Jakob Jakelj von Horjul Hs.-Z. 56 wegen aus dem Urtheile vom 1. Juli 1870, Z. 1435, schuldigen 21 fl. und 8 fl. 32 kr. d. W. c. s. c. in die exec. öffentliche Versteigerung der dem Letzteren gehörigen, im Grundbuche der

Pfarrkirchengilt Billichgraz sub Urb.-Nr. 27 vorkommenden Realität, sammt An- und Zugehör, im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 393 fl. d. W., gewilliget und zur Vornahme derselben die executive Feilbietungs-Tagung auf den

2. August,

3. September und

3. October 1872,

vormittags von 10 bis 12 Uhr, hiergerichts mit dem Anhang bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werden.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextract und die Vicitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

k. k. Bezirksgericht Oberlaibach, am 15. Mai 1872.

(1428—1)

Nr. 4417.

Erinnerung

an Anton Kouß und dessen unbekannten Erben und Rechtsnachfolger.

Von dem k. k. städt.-deleg. Bezirksgerichte Rudolfswerth wird dem Anton Kouß und dessen unbekannten Erben und Rechtsnachfolgern hiemit erinnert:

Es habe wider dieselben bei diesem Gerichte Maria Muhlitz von Seidendorf durch Herrn Dr. Steol die Klage auf Anerkennung der Erfindung des Weingartens sub Verg.-Nr. 35 ad Staatsherrschaft Sittich und Gestattung der Umschreibung auf denselben eingebracht, worüber die Tagung auf den

21. August 1872

unter den Contumatsfolgen des § 29 a. G. D. hiergerichts vormittags 9 Uhr, angeordnet wurde.

Da der Aufenthaltsort der Beklagten diesem Gerichte unbekannt und dieselben vielleicht aus den k. k. Erblanden abwesend sind, so hat man zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den Herrn Dr. Josef Rosina, Hof- und Gerichtsadvocaten in Rudolfswerth, als curator ad actum bestellt.

Dieselben werden hievon zu dem Ende verständigt, damit sie allenfalls zu rechter Zeit selbst erscheinen oder sich einen anderen Sachwalter bestellen, auch diesem Gerichte namhaft machen, überhaupt im ordnungsmäßigen Wege einschreiten und die zu ihrer Vertretung erforderlichen Schritte einleiten können, widrigens diese Rechtsfache mit dem aufgestellten Curator nach den Bestimmungen der Gerichtsordnung verhandelt werden und die Beklagten, welchen es übrigens freisteht, ihre Rechtsbehelfe auch dem benannten Curator an die Hand zu geben, sich die aus einer Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

k. k. städt.-deleg. Bezirksgericht Rudolfswerth, am 20. Mai 1872.

(1427—1)

Nr. 4433.

Erinnerung

an die unbekannt wo befindlichen Urban Widmar von Lošnic, der Mathias Wutscher'schen Verlassmasse von St. Peter und den unbekannt wo befindlichen Alois Gollob von St. Peter respective deren Erben und Rechtsnachfolger.

Von dem k. k. städt.-deleg. Bezirksgerichte Rudolfswerth wird dem unbekannt wo befindlichen Urban Widmar von Lošnic, der Mathias Wutscher'schen Verlassmasse von St. Peter und dem unbekannt wo befindlichen Alois Gollob von St. Peter resp. deren Erben und Rechtsnachfolgern hiemit erinnert:

Es habe wider dieselben bei diesem Gerichte Anton Gollob von St. Peter durch Dr. Rosina die Klage auf Verjähr- und Erloschenklärung der Satzposten aus der Schuldobligation vom 25. Mai 1808, dem Schuldbriefe vom 16. September 1826 und der Einantwortungsurkunde vom 22. Juni 1839, Z. 1702, eingebracht, worüber die Tagung zur ordentlichen mündlichen Verhandlung unter den Contumatsfolgen des § 29 a. G. D. auf den

21. August 1872,

vormittags 9 Uhr, hiergerichts angeordnet wurde.

Da der Aufenthaltsort der Beklagten diesem Gerichte unbekannt und dieselben vielleicht aus den k. k. Erblanden abwesend sind, so hat man zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den Herrn Dr. Johann Stebl, Hof- und Gerichtsadvocat in Rudolfswerth, als curator ad actum bestellt.

Dieselben werden hievon zu dem Ende verständigt, damit sie allenfalls zu rechter Zeit selbst erscheinen oder sich einen anderen Sachwalter bestellen, auch diesem Gerichte namhaft machen, überhaupt im ordnungsmäßigen Wege einschreiten und die zu ihrer Vertretung erforderlichen Schritte einleiten können, widrigens diese Rechtsfache mit dem aufgestellten Curator nach den Bestimmungen der Gerichtsordnung verhandelt werden und die Beklagten, welchen es übrigens frei steht, ihre Rechtsbehelfe auch dem benannten Curator an die Hand zu geben, sich die aus einer Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

k. k. städt.-deleg. Bezirksgericht Rudolfswerth, am 22. Mai 1872.

(1417—1)

Nr. 2759.

Erinnerung

an die noch nicht bekannten Erben und Rechtsnachfolger des Jakob und Franz Godeša von Jakobovic.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Planina wird den nun noch nicht bekannten Erben und Rechtsnachfolgern des Jakob und Franz Godeša von Jakobovic hiermit erinnert:

Es habe Michael Godeša von Jakobovic Nr. 20 wider dieselben die Klage auf

Anerkennung der Verjährung von Satzposten und Löschungsgestatung sub praes. 4. Mai 1872, Z. 2759, hieramts eingebracht, worüber zur ordentl. mündlichen Verhandlung die Tagung auf den

27. August d. J.,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des § 29 a. G. D. hiergerichts angeordnet und den Beklagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Herr Notar Albert J. v. Höffer Saalfeld von Planina als curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen oder sich einen anderen Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen haben, widrigens diese Rechtsfache mit dem aufgestellten Curator verhandelt werden wird.

k. k. Bezirksgericht Planina, am 6. Mai 1872.

(1274—3)

Nr. 1734.

Erinnerung

an Franz Cerlbenit von Oberurem, dessen unbekannten Erben und Rechtsnachfolger.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Senofetsch wird dem Franz Cerlbenit von Oberurem, dessen unbekannten Erben und Rechtsnachfolgern hiemit erinnert:

Es habe wider dieselben bei diesem Gerichte Anton Cerlbenit von Oberurem, Vormund des minderjährigen Josef Cerlbenit von Oberurem, die Klage auf Anerkennung des Eigenthumes auf die im Grundbuche Gut Gazarolschhofen sub Urb.-Nr. 2 vorkommende behaute Einviertel-Hube sammt An- und Zugehör hiergerichts eingebracht, worüber zur summarischen Verhandlung die Verhandlungstagung auf den

30. August l. J.,

Vormittags 9 Uhr, angeordnet worden ist.

Da der Aufenthaltsort der Beklagten diesem Gerichte unbekannt und dieselben vielleicht aus den k. k. Erblanden abwesend sind, so hat man zu ihrer Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den Herrn Karl Demscher von Senofetsch als curator ad actum bestellt.

Dieselben werden hievon zu dem Ende verständigt, damit sie allenfalls zu rechter Zeit selbst erscheinen oder sich einen anderen Sachwalter bestellen, auch diesem Gerichte namhaft machen, überhaupt im ordnungsmäßigen Wege einschreiten und die zu ihrer Vertretung erforderlichen Schritte einleiten können, widrigens diese Rechtsfache mit dem aufgestellten Curator nach den Bestimmungen der Gerichtsordnung verhandelt werden und die Beklagten, welchen es übrigens frei steht, Rechtsbehelfe auch dem benannten Curator an die Hand zu geben, sich die aus einer Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden. — k. k. Bezirksgericht Senofetsch, am 6. Mai 1872.